

Nr. 443

E: 18.10.2016 G.
gJR

Prof. Dr. Thomas Küffner

Stadtrat Landshuter Mitte

Antrag auf Beschlussempfehlung

1. Die Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG ist unter Einbindung des Stadtrats vom Oberbürgermeister bis zum 31.12.2016 abzugeben.
2. Es ist eine Projektgruppe in 2017 einzurichten, die ein Umstellungs-Konzept erarbeitet. In diesem Umstellungskonzept sind folgende Punkte umzusetzen:
 - a. Durchforstung der Einnahmen nach privatrechtlicher Handlungsform
 - b. Durchforstung der Einnahmen nach Wettbewerbsrelevanz
 - c. Prüfung sämtlicher Verträge, die den bisherigen Bereich der Vermögensverwaltung betroffen haben.
 - d. Prüfung sämtlicher Verträge, die den bisherigen Bereich der Beistandsleistungen betroffen haben
 - e. Prüfung sämtlicher BgA, die weniger Einnahmen als EUR 30.678 / 35.000 pro Jahr erzielen
 - f. Steuerrechtliche Prüfung der problematischen Fallvarianten
 - g. Klärung Vorsteuer-Potentiale
 - h. Aufzeigen der Auswege aus Besteuerung (z.B. Schaffung öffentlich-rechtlicher Handlungsnormen)
 - i. Wie ist das Buchhaltungssystem umzustellen.
 - j. Prüfung einer ggf. möglichen Rücknahme der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG
3. Erarbeitung eines Vorschlags, welche Planstellen in 2017 für die Umsetzung von § 2b UStG zu schaffen sind.
4. Erarbeitung eines Vorschlags für eine neue Organisationsstruktur für den Bereich des Steuerrechts mit genauer Aufgabenbeschreibung, Vertreterregelung und Schnittstellendefinitionen (Stichwort: „Steuerreferat“).
5. Erarbeitung eines Konzepts für die Schaffung eines innerbetrieblichen Kontrollsystems für den Bereich Steuern
6. Prüfung der Zentralisierung der Finanzbuchführung und Rechnungstellung.

gez. Thomas Küffner